



Erste-Hilfe-Kasten oder Giftschrack?

Wie sich die Programme zur Bundestagswahl für Zahnärzte auswirken

Der Patient heißt gesetzliche Krankenversicherung, seine Diagnose chronische Beitragssteigeritis. Darin sind sich die politischen Parteien weitgehend einig, egal ob sie schwarze, rote, grüne, gelbe, blaue oder brombeerfarbene Kittel tragen. Die Therapien, die sie je nach Couleur verordnen, könnten aber unterschiedlicher kaum ausfallen. Die BLZK hat die Wahlprogramme der im Bundestag vertretenen Parteien verglichen und zeigt auf, welche Folgen deren Umsetzung für die Zahnarztpraxen hätte.

In ihrem gemeinsamen Wahlprogramm kündigen CDU und CSU an, die Entwicklung der Sozialsysteme mit einem jährlichen „Sozialstaatstragfähigkeitsbericht“ in den Blick zu nehmen und erforderliche Maßnahmen zu ergreifen. Union wie auch die FDP bekennen sich klar zur Selbstverwaltung, zur Freiberuflichkeit als Säule der Gesundheitsversorgung und zur Dualität aus gesetzlicher und privater Krankenversicherung. Heil- und Hilfsmittel, mit denen die Union ebenso wie die FDP das kränkelnde Gesundheitswesen behandeln wollen, sind mehr Eigenverantwortung der Versicherten, Wettbewerb unter den Krankenkassen und Effizienz beim Einsatz von Beitragsgeldern. Konkret will die FDP Leistungen, die sich in einem „Evidenz-, Effizienz- und Wirtschaftlichkeitscheck“ nicht bewährt haben, aus dem GKV-Katalog streichen.

Rezepte für die GKV: Diät oder Infusions-Kanüle?

Statt sie einer solchen Schlankheitskur zu unterziehen, wollen SPD, Grüne und AfD die GKV an den Tropf der Steuerzahler hängen. Die AfD möchte allerdings gleichzeitig ihr Skalpell an der Selbstverwaltung ansetzen. SPD und Grüne sowie die Parteien links der Mitte sehen das Heil vor allem in einer Geld-Transfusion von der PKV zur GKV. So halten die Sozialdemokraten weiter am Begriff der Bürgerversicherung fest, wobei sie private Krankenversicherungen nicht gänzlich abschaffen, aber in den Risikostrukturausgleich einbeziehen will. Ihr Ziel ist zudem eine einheitliche Vergütung. Das Umlagesystem möchten sie ausdrücklich stärken – ungeachtet der Tatsache, dass genau dieses System besonders sensibel auf die demografische Entwicklung reagiert.

Die Grünen haben eine deutlich höher dosierte Medizin im Schrank: Ihre erklärte Absicht ist eine Kranken- und eine Pflege-Bürgerversicherung inklusive einer nicht näher bezifferten Reform der Beitragsbemessung sowie Heranziehen von Kapitaleinnahmen zur Finanzierung von Gesundheit und Pflege. Erkennbar groß sind die Übereinstimmungen mit den Wahlprogrammen von BSW und der Linken. Letztere würde der gesetzlichen Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung

ebenfalls Zugriff auf sämtliche Einkünfte aller Bürger eröffnen, wobei sie die Beitragsbemessungsgrenzen sogar komplett abschaffen will. Für Zahnärzte würde das nicht nur bedeuten, dass sie keine privat versicherten Patienten mehr hätten; sie müssten auch mit allen Einkünften in die gesetzliche Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung einzahlen.

Redaktion BLZK

LAUFEND AKTUELLE INFORMATIONEN

Bei Grünen, AfD und der Linken lagen die Wahlprogramme bei Redaktionsschluss nur im Entwurf vor.

Im BZB 1+2/2025 wird ein Bericht über die Standpunkte der Parteien mit direktem Bezug auf die von der BLZK aufgestellten Forderungen zur Bundestagswahl erscheinen – etwa Budgetierung, Bürokratie, iMVZ und elektronische Patientenakte. Unter www.blzk.de/bundestagswahl hält die BLZK die bayerischen Zahnarztpraxen über relevante bundespolitische Entwicklungen bis zur Bundestagswahl auf dem Laufenden.



www.blzk.de/bundestagswahl